



## Gesetzliche Rentenversicherung im demografischen Wandel

Gesetzliche Rentenversicherung im demografischen Wandel  
DIW-Studie für die Geburtsjahrgänge 1935 bis 1945 zeigt, dass jüngere Versicherte in Relation zu ihren Einzahlungen weniger Altersrente herausbekommen als ältere - "Verzinsung" bei der Erwerbsminderungsrente ist stabil und höher - DIW-Forscher Lüthen: "Gesetzliche Rente ist keine Spargbüchse, sondern eine Versicherung"  
Wie hat sich die Verzinsung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Menschen über die Zeit verändert? Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) für die Geburtsjahrgänge 1935 bis 1945 zeigt: Jüngere Jahrgänge haben mehr in die Rentenversicherung einzahlen müssen, erhalten jedoch weniger an Altersrente. Die sogenannte inflationsbereinigte Verzinsung der Rentenbeiträge, also die Differenz zwischen dem Kapitalwert der Rentenbeiträge und dem Kapitalwert der Rentenauszahlungen, sinkt bei den Altersrenten für Männer über die untersuchten Jahrgänge von 2,4 auf 1,2 Prozent und für Frauen von 5,2 auf 3,7 Prozent - bei Frauen ist die Verzinsung dabei aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung grundsätzlich größer als bei Männern. "Die Altersrente für ältere Jahrgänge fällt großzügiger aus als für jüngere, damit ist die Verzinsung über die Zeit gefallen", sagt Holger Lüthen, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und in der Abteilung Staat des DIW Berlin. Freilich kann man, wie Lüthen auch betont, die gesetzliche Rentenversicherung nicht auf einen Ansparprozess für das Alter reduzieren, sondern muss auch die Versicherungsfunktion berücksichtigen. Besonders deutlich wird diese bei der Erwerbsminderungsrente, also Frührenten: Diese bietet mit rund drei Prozent für Männer und fünf Prozent für Frauen eine größere Verzinsung, für die sich zudem kein deutlicher Trend nach unten abzeichnet. "Unsere alternde Gesellschaft und Reformen werden sich wohl oder übel zumindest teilweise in einer sinkenden Verzinsung der Rentenbeiträge niederschlagen", so Lüthen.  
Rentenbeiträge sind innerhalb von nur zehn Geburtsjahrgängen stark gestiegen  
Eine solche Reform hat die Bundesregierung im Jahr 1992 umgesetzt: Seitdem müssen Rentnerinnen und Rentner dauerhafte Abschlüsse bei einem vorzeitigen Wechsel in den Ruhestand hinnehmen. Die DIW-Berechnungen ergeben, dass diese Reform für maximal 20 Prozent der rückläufigen Verzinsungen der Rentenbeiträge bei Männern und für 30 Prozent des Trends bei Frauen verantwortlich ist. Größer ist der Einfluss von Renten und Beiträgen: Frauen und Männer des Jahrgangs 1945 bekommen zwar nur etwas weniger Rente als Frauen und Männer des Jahrgangs 1935 - sie haben aber deutlich höhere Rentenbeiträge gezahlt: Männer 30 Prozent mehr (199.000 Euro statt 152.000 Euro) und Frauen 40 Prozent mehr (68.000 Euro statt 48.000 Euro). Der Grund: Die Beitragssätze und die maximal einzuzahlenden Beträge sind im Laufe der Jahre deutlich gestiegen. Mussten Beschäftigte im Jahr 1949 nur zehn Prozent ihres sozialversicherungspflichtigen Einkommens oder maximal 1.410 Euro pro Monat in die Rentenversicherung einzahlen, waren es im Jahr 2009 19,9 Prozent oder maximal 11.172 Euro monatlich.  
DIW-Forscher spricht sich für erweiterte Datenbasis bei Studien zu Rentenreformen aus  
Der DIW-Wissenschaftler Lüthen unterstreicht: "Die gesetzliche Rente ist keine Spargbüchse, sondern eine Versicherung. Die Verzinsung der Rentenbeiträge darf allerdings nicht zu klein werden", betont er. "Andernfalls droht die Rentenversicherung an Attraktivität zu verlieren, zudem würde für die Versicherten das Risiko, im Alter arm zu sein, immer weiter steigen." Im Zuge des demografischen Wandels und folglich auch künftig anstehender Rentenreformen sei es daher wichtig, die Auswirkungen solcher Reformen zuverlässig berechnen zu können. Lüthen spricht sich dafür aus, für entsprechende Untersuchungen künftig grundsätzlich - wie im Falle seiner Studie - auch reale Lebensläufe heranzuziehen statt ausschließlich stilisierte Biografien, die die gesamte Bevölkerung repräsentieren sollen, dies aber nur unzureichend können. So ließe sich die Aussagekraft von Vorausberechnungen erhöhen.  
Pressekontakt  
Pressestelle DIW  
Sylvie Ahrens-Urbanek  
Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Telefon +49-30-897 89-252, -249 oder -250  
Mobil +49-174-319-3131 oder +49-162-105-2159  
presse@diw.de  
Pressereferentin  
Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)  
Monika Wimmer  
Telefon +49-30-89789-251  
Mail: mwimmer@diw.de  
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\_pinr\_=596260" width="1" height="1">

### Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

### Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.